



Ukrainische Flüchtlinge kommen in der Erstaufnahmestelle Ellwangen an. Die Hilfsbereitschaft im Land ist groß. Foto: Stefan Puchner/dpa

# Krieg in der Ukraine macht vielen schwer zu schaffen

**BaWü-Check** Die Zuversicht der Menschen im Südwesten ist auf einem absoluten Tiefpunkt. Dennoch sind einer Umfrage zufolge viele bereit, Flüchtlingen zu helfen. Von David Nau

Es sind schreckliche Bilder, die auch die Menschen in Baden-Württemberg aus der Ukraine erreichen: Leid, Zerstörung und Tod sind darauf zu sehen. An eine gute Zukunft lässt sich angesichts der bedrückenden Nachrichten nur noch schwer glauben, zeigt die neueste Ausgabe des BaWü-Check, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Danach ist die Stimmungslage der Bevölkerung in Baden-Württemberg auf einem absoluten Tiefpunkt.



## Hohe Energiepreise belasten

Nur noch 24 Prozent der Befragten blicken mit Hoffnung in die Zukunft, 33 Prozent mit Skepsis, 34 Prozent sogar mit Befürchtungen. „Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derartig niedrig wie zurzeit“, schreibt das Institut für Demoskopie Allensbach, das die Umfrage für die Tageszeitungen durchgeführt hat und seit 1949 die Stimmungslage der Bevölkerung untersucht.

Zu schaffen machen den Menschen in Baden-Württemberg auch die stark gestiegenen Preise für Spirit, Heizöl, Gas und Strom. Jeder vierte Befragte wird von den gestiegenen Energiepreisen so stark belastet, dass er sich in großen finanziellen Schwierig-

keiten befindet. 62 Prozent der Befragten spüren eine stärkere Belastung, können diese aber finanziell aushalten.

Mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) fordern deswegen, die Steuern auf Benzin und Diesel zu senken. Keine Unterstützung in der Bevölkerung im Südwesten finden dagegen Tankrabatte direkt an der Zapfsäule, wie sie Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) gefordert hatte.

Auf einer Linie mit der FDP sind die Menschen in Baden-Württemberg allerdings, wenn es um ein Tempolimit auf Autobah-

## Die Umfrage der Tageszeitungen

**Wie zufrieden** sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird tatsächlich gehandelt?

**Das wollen** die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, ge-

nauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt viermal im Jahr im Auftrag der Tageszeitungen 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands. Auf den Rat der IfD-Chefin Renate Kö-

cher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

**Die gedruckten Tageszeitungen** in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Online-Portalen der Tageszeitungen.

„Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derartig niedrig wie zurzeit.“

Institut für Demoskopie Allensbach im Bericht zum BaWü-Check

nen geht, das zum Energiesparen beitragen könnte. Nur 37 Prozent halten eine vorübergehende Begrenzung der Geschwindigkeit auf 100 Stundenkilometer für sinnvoll, 47 Prozent sind dagegen. Ein Grund dafür dürfte sein, dass sich nur wenige durch langsames Fahren Energieeinsparungen versprechen. Während 54 Prozent der Befragten angeben, sie versuchten sich einzuschränken und generell sparsamer zu leben, fährt nur gut jeder Dritte (34 Prozent) sparsamer Auto. Den Nahverkehr nutzen sogar nur 18 Prozent der Befragten jetzt häufiger.

Groß sind aber nicht nur die Sorgen der Menschen im Land, groß ist der Umfrage zufolge auch die Hilfsbereitschaft. So spricht sich gut die Hälfte der Befragten (51 Prozent) dafür aus, so viele Flüchtlinge wie möglich aus der Ukraine aufzunehmen. Nur sehr wenige oder keine Hilfe leisten wollen nur sechs Prozent.

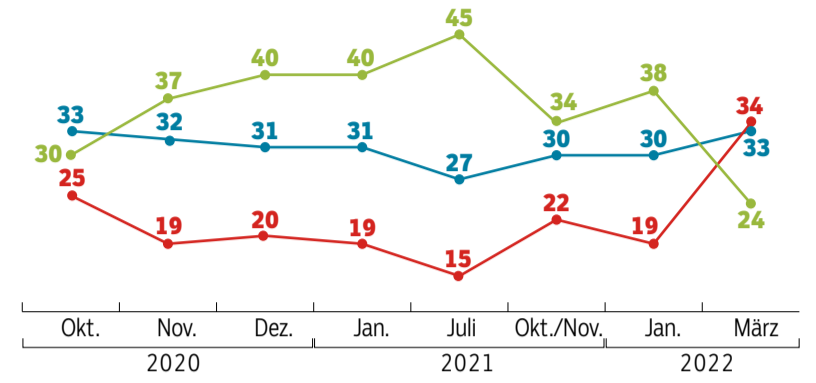
Die persönliche Bereitschaft, Geflüchteten aus dem Kriegsgebiet zu helfen, ist ausgesprochen hoch: 68 Prozent der Befragten, die die Möglichkeit hätten, Flüchtlinge zuhause aufzunehmen, wären dazu auch bereit. Die konkrete Aufnahme von Menschen scheidet häufig an den räumlichen Gegebenheiten. So geben 80 Prozent der Befragten an, dass es für sie nicht möglich wäre, Geflüchtete aufzunehmen.

## So haben die Befragten geantwortet

**1 Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus**  
Stimmung ist so schlecht wie nie zuvor

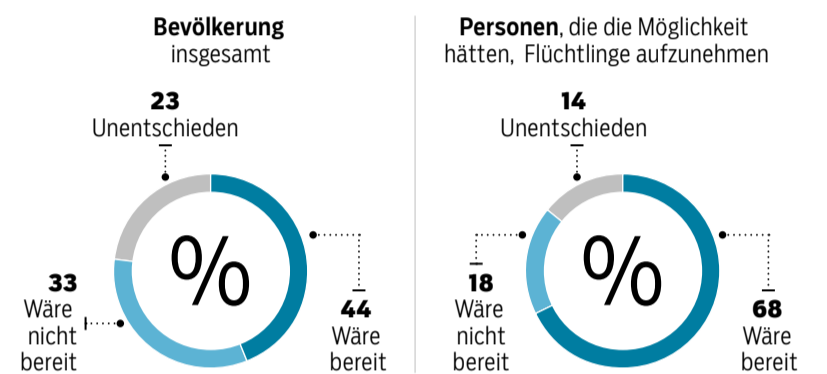
**Frage:** „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Angaben in Prozent.

■ Mit Hoffnungen ■ Mit Skepsis ■ Mit Befürchtungen



**2 Grundsätzlich hohe Bereitschaft, Flüchtlinge zuhause aufzunehmen**  
Große Hilfsbereitschaft in Baden-Württemberg

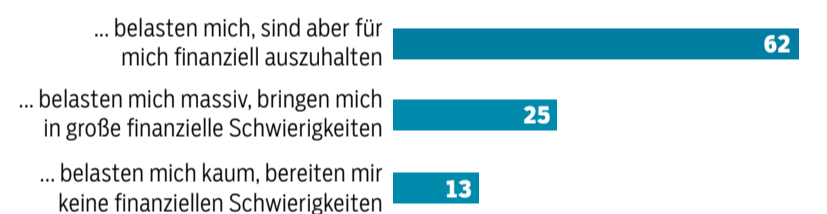
**Frage:** „Wären Sie grundsätzlich dazu bereit, bei sich zuhause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, oder wären Sie dazu nicht bereit?“



**3 Belastung durch höhere Energiepreise**  
Jeder Vierte ist in finanziellen Schwierigkeiten

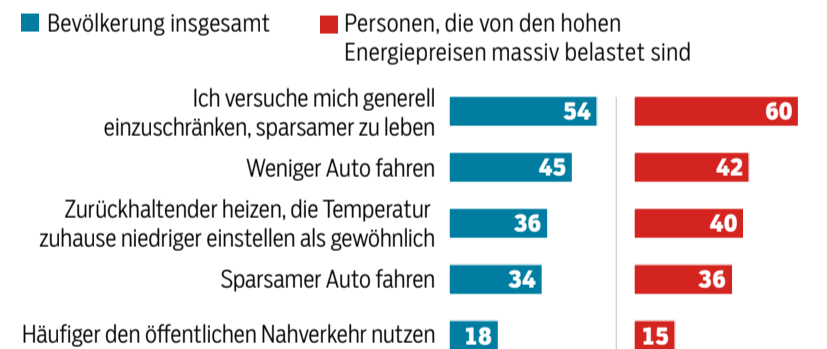
**Frage:** „Wie stark sind Sie derzeit von den gestiegenen Energiepreisen betroffen? Welcher der folgenden Punkte trifft am ehesten auf Sie zu?“ Angaben in Prozent.

### Die gestiegenen Energiepreise ...



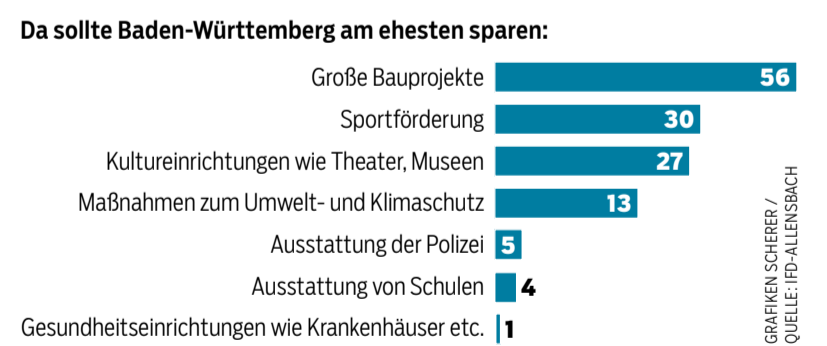
**4 Genutzte Einsparpotentiale im Alltag**  
Viele schnallen den Gürtel enger

**Frage:** „Haben Sie wegen der gestiegenen Energiepreise etwas in Ihrem Alltag geändert bzw. planen Sie, demnächst etwas zu ändern?“ Angaben in Prozent.



**5 Einsparpotentiale des Landes**  
Bürger wollen an Großprojekten sparen

**Frage:** „Aufgrund der aktuellen Krisen haben nicht nur der Bund, sondern auch die Länder deutlich höhere Ausgaben als geplant. Wenn aufgrund der Mehrausgaben gespart werden muss: Wo sollte Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach am ehesten sparen?“ Angaben in Prozent.



## CORONA AKTUELL

**Am Dienstag** ist die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen im Südwesten im Mehrtages-Vergleich erneut zurückgegangen. Wie das Landesgesundheitsamt (Stand: 16 Uhr) berichtete, wurden innerhalb einer Woche 1277,8 Ansteckungen mit dem Coronavirus je 100 000 Einwohner nachgewiesen. In der Vorwoche hatte die Inzidenz 1695,8 betragen. Im Vergleich zum Montag meldete die Behörde 26 887 neue Infektionen. Die Zahl der registrierten Fälle seit Beginn der Pandemie erhöhte sich damit auf 3 147 845. Nachweislich 15 233 Menschen starben an oder mit Corona. Gegenüber Montag waren dies 46 weitere Menschen. swp

## Staatssekretär Steinbacher folgt auf Württenberger

**Stuttgart.** Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) muss Ende Mai seinen wichtigsten Mitarbeiter ersetzen. Julian Württenberger, Staatssekretär und Amtschef im Ministerium, geht mit dann 65 Jahren in den Ruhestand. Nachfolger wird der bisherige Amtschef im Justizministerium, Elmar Steinbacher. Das Kabinett stimmte am Dienstag dem Vorschlag von Strobl zu. Der frühere Richter Steinbacher (55) ist seit 2016 Ministerialdirektor im Justizministerium. dpa



## Bodenseeschifffahrt startet wieder

**Vom kommenden Sonntag** an ist die „Weiße Flotte“ wieder auf dem Bodensee und zwischen den Häfen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterwegs. Foto: Felix Kästle/dpa

## Polizeivertrag Grenzübertritte werden einfacher

**Berlin.** Deutschland und die Schweiz wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und Justiz vereinfachen. Der neue Polizeivertrag, den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und die Justizministerin der Schweiz, Karin Keller-Sutter, unterzeichnet haben, ermöglicht Grenzübertritte von Beamten zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für Leib oder Leben. Einfacher wird dann auch, Tabaksmuggler zu verfolgen und Bußgelder im Nachbarland einzutreiben. dpa

## Sicherheit Waffenfreie Zone in der Innenstadt

**Stuttgart.** Um Stuttgart sicherer zu machen, will die Stadt in bestimmten Bereichen Waffen verbieten. Dafür soll eine Zone in der Innenstadt eingerichtet werden, informierte Stuttgarts OB Frank Nopper (CDU). Die Stadt warte noch auf die Zusage des Innenministeriums. Die Waffenverbotszone soll in den Bereichen Kleiner Schlossplatz, Schlossplatz, Schlossgarten und Stadtpark ausgewiesen werden. Außerdem soll die Kamera- und Videoüberwachung ausgebaut werden. dpa